Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0397/2023/HAS/BV

Fachbereich: Bauen und Liegenschaften	Datum: 25.01.2023
Bearbeiter: Wiese	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau-, Wege- und Planungsausschuss Haselau	09.02.2023	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	02.03.2023	öffentlich

10. Änderung des Flächennutzungsplanes für eine Fläche nördlich der Hohenhorster Chaussee und westlich der Straße Großer Landweg

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gemeinde möchte gerne entlang der Hohenhorster Chaussee ein neues Wohngebiet ausweisen. Hierzu laufen momentan die Vorbereitungen. Im Zuge des Planungsprozesses ergab sich die Notwendigkeit, im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 den Flächennutzungsplan zu ändern. Derzeit weist der Flächennutzungsplan den Bereich nördlich der Hohenhorster Chaussee und westlich des Großen Landweges als Fläche für die Landwirtschaft aus. Um die bauliche Entwicklung zu ermöglichen, soll der Flächennutzungsplan diesen Bereich zukünftig als Wohnbaufläche darstellen. Hierzu wird das Verfahren zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes angestrebt.

Der mögliche Plangeltungsbereich ist als Anlage beigefügt.

Finanzierung:

Die Kosten des Verfahrens stehen bereits im Haushalt zur Verfügung. Mit den Vorhabenträgern wurde bereits ein Kostenübernahmevertrag geschlossen, sodass die Gemeinde letztendlich von den Verfahrenskosten freigehalten wird.

Fördermittel durch Dritte:

entfällt

Beschlussvorschlag:

1. Zu dem bestehenden Flächennutzungsplan wird für das Gebiet nördlich der Hohenhorster Chaussee und westlich des Großen Landweges die 10. Änderung

aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt: Darstellung weiterer Wohnbauflächen

2. Der Aufstellungsbeschluss ist nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs soll das Stadtplanungsbüro Möller in Wedel, mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange soll das Stadtplanungsbüro Möller in Wedel beauftragt werden.

4. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 4 Abs. 1 BauGB soll schriftlich erfolgen.

5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer öffentlichen Auslegung erfolgen.

Peter Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen: Darstellung des Plangeltungsbereiches